

Mitteilung des Senats vom 31. März 2009

Sachstandsbericht zur Neupositionierung der Stadtentwicklungspolitik – Überblick und Sachstand der Arbeiten am Leitbildprozess –

Der Senat bittet die Stadtbürgerschaft um Kenntnisnahme der nachfolgenden Berichterstattung.

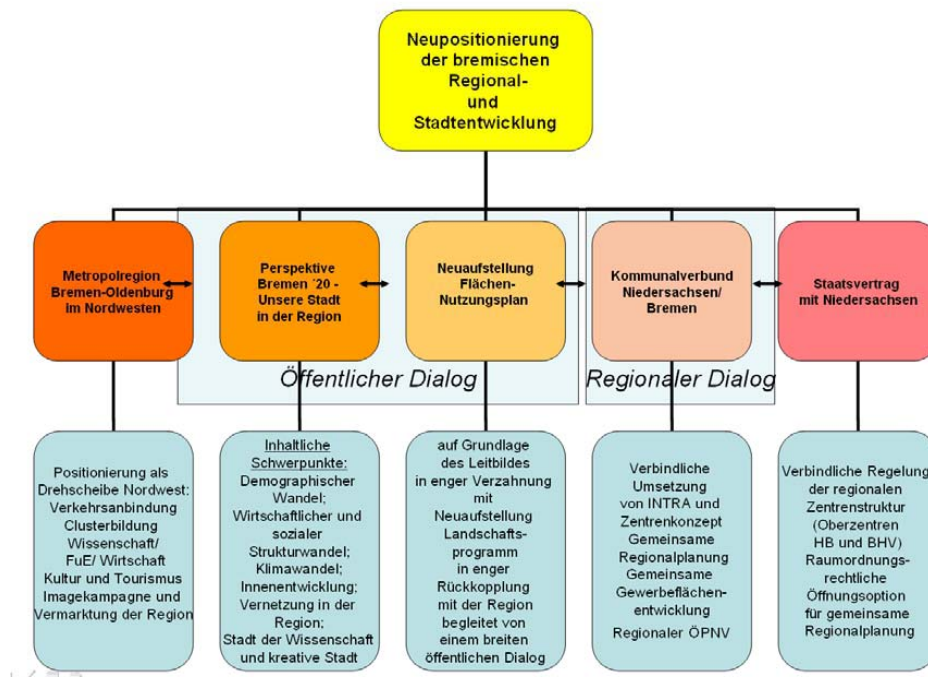
Sachstandsbericht zur Neupositionierung der Stadtentwicklungspolitik – Überblick und Sachstand der Arbeiten am Leitbild-Prozess –

1. Generelle Zielsetzung

Ziel der Neupositionierung der bremischen Regional- und Stadtentwicklungspolitik ist es, auf Grundlage eines integrierten und ressortübergreifend erarbeiteten neuen Leitbildes der Stadtentwicklung den Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm neu aufzustellen. Als integrative Bausteine im Kontext des Leitbildprozesses werden ein neues gesamtstädtisches Wohnungsbaukonzept sowie ein Zentren- und Einzelhandelskonzept für Bremen und die Region erarbeitet. Außerdem liefern die Ansätze aus dem Aktionsprogramm Klimaschutz 2010 wichtige Impulse für die Stadtentwicklung.

Der Leitbildprozess und die nachfolgenden formalen Planwerke sollen in doppelter Hinsicht intensiv abgestimmt werden, zum einen in regionaler Perspektive mit den niedersächsischen Nachbarn, zum andern in einem breiten Öffentlichkeitsdialog mit der Stadtgesellschaft.

Die regionale Perspektive gliedert sich dabei nochmals in die großräumige strukturpolitische Kooperation im Rahmen der Metropolregion einerseits, die Zusammenarbeit im engeren Verflechtungsraum andererseits: In der großräumigen Zusammenarbeit in der Metropolregion geht es vorrangig um die weitere Vertiefung der Kooperation und die Erweiterung um neue Aufgabenfelder; in der engeren Stadtregion geht es vorrangig um Herausbildung einer stärkeren Verbindlichkeit der Zusammenarbeit, prioritär im Bereich der Zentren- und Einzelhandelsentwicklung. Diese verschiedenen Aufgabenstränge stehen in ausgeprägten Wechselwirkungen untereinander und bilden zusammen die Grundlage für die angestrebte Neupositionierung der bremischen Regional- und Stadtentwicklung:



2. Perspektive Bremen '20 – Unsere Stadt in der Region: Strategie, Ziele und Handlungsfelder

Warum braucht Bremen ein neues Leitbild der Stadtentwicklung? Bremen ist nicht nur größte Stadt im Nordwesten, Impulsgeber der Metropolregion Bremen-Oldenburg, bundesweit erste Stadt der Wissenschaft, sondern zugleich auch immer noch eine Stadt im Strukturwandel. Der Strukturwandel betrifft Bremen in fast allen Bereichen – die Wirtschaftsstruktur wandelt sich ebenso wie die soziale Struktur in den Stadtteilen, der demografische Wandel fordert mit seinen vielfältigen und vielschichtigen Wirkungen Anpassungsleistungen in ganz unterschiedlichen Politikbereichen. Schließlich stellen auch die Folgen des Klimawandels sowie die Aufgaben des Klima- und Ressourcenschutzes die Stadtentwicklung vor teilweise völlig neue Herausforderungen.

Bei all diesen Themen und Herausforderungen der Zukunft ist klar, dass Bremen keine Insel ist – Bremen ist nicht nur geografisch eingebettet in Niedersachsen, Bremen versteht sich auch ganz bewusst als Teil der Region.

Der Leitbildprozess begreift Stadtentwicklung als gemeinsamen Prozess der Entwicklung der Stadt mit den Menschen und Institutionen in der Stadt – Stadtentwicklung ist nicht (mehr) nur Aufgabe der Stadt allein, Stadtentwicklung braucht Gestaltungspartnerschaften mit gesellschaftlichen und privaten Akteuren, mit der Stadtgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund und mit diesem Grundverständnis von Stadtentwicklung wird mit dem Leitbildprozess und den nachfolgenden formellen Planwerken das generelle Ziel einer bremischen Urbanität verfolgt, die wesentlich geprägt ist durch Nutzungsmischung, Innenverdichtung, sozialen Zusammenhalt, Gestaltungspartnerschaften und kulturelle Kreativität. Die Standortvorteile Bremens und die besondere Lebensqualität der Stadt sollen in Zukunft durch eine verbesserte Kooperation der Akteure und eine Konzentration von Aktivitäten auf Schwerpunkträume erhöht werden. Dabei misst sich Bremen am Qualitätsmaßstab bundesweiter und transnationaler Modellvorhaben – nicht zuletzt auch im Kontext des gemeinsamen Drei-Städte-Projektes mit Leipzig und Nürnberg als Modellvorhaben der nationalen Stadtentwicklungspolitik des Bundes (siehe unter 4.).

Die generellen Ziele der bremischen Stadtentwicklung sind zwangsläufig noch auf einer eher abstrakten Ebene angesiedelt; im Sinne einer Handlungsorientierung für den „Alltag“ der Stadtentwicklung gilt es, sie in integrativen Handlungsfeldern weiter zu konkretisieren. Diese Handlungsfelder sollen wiederum durch Impulsprojekte veranschaulicht und bewegt werden. Hierzu gibt es sowohl seitens der beteiligten Ressorts als auch als Ergebnis des öffentlichen Be-

teiligungsprozesses eine Vielzahl geeigneter Projektideen, die derzeit – auch im Kontext der Städtekooperation mit Leipzig und Nürnberg (siehe unter 4.) – weiter konkretisiert und verdichtet werden.

3. Perspektive Bremen '20 – Unsere Stadt in der Region: Erarbeitungs- und Abstimmungsprozess

Die Neupositionierung der bremischen Stadtentwicklungspolitik und die Erarbeitung der „Perspektive Bremen '20“ beginnt nicht an einer virtuellen Stelle null, sondern setzt auf einer Vielzahl bestehender Pläne, Konzepte und Strategien auf.

Auf gesamtstädtischer Ebene kommt dem Stadtentwicklungskonzept von 1999 sowie den aktuellen Ausarbeitungen zu „Bremen im demografischen Wandel“ besondere Bedeutung zu. Relevanz für die Neupositionierung der bremischen Stadtentwicklungspolitik und die Erarbeitung der „Perspektive Bremen '20“ haben zudem vorliegende sektorale und teilräumliche Strategiekonzepte – so das „Strukturkonzept Land Bremen 2015“ für den Bereich der Wirtschaftsstrukturpolitik, das Klimaschutzprogramm 2010, die kommunalen und regionalen Zentrenkonzepte für den Bereich der Zentrenstärkung oder auch die vorliegenden integrativen Stadtteilkonzepte für die Stadtteile Blumenthal, Findorff, Horn-Lehe, Huchting, Neustadt, Obervieland, Osterholz und Woltmershausen.

Im Rahmen einer ressortübergreifenden Steuerungsrunde werden diese unterschiedlichen Zugänge zur Stadtentwicklung vor dem Hintergrund der sich verändernden Bedingungen und Anforderungen der Stadt- und Regionalentwicklung gemeinsam neu bewertet und in den Erarbeitungsprozess des Leitbildes eingespielt.

Die Erarbeitung der „Perspektive Bremen '20“ erfolgt nicht nur verwaltungsintern. Die besondere Qualität des Erarbeitungsprozesses liegt vielmehr in seiner Ausgestaltung als breit angelegter, öffentlicher Dialog mit der Stadtgesellschaft: Über 300 Bremerinnen und Bremer haben sich von Beginn an aktiv und engagiert in öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, Themen- und Projektworkshops sowie über das Internet an der Erarbeitung des Leitbildes beteiligt.

In einer Art Gegenstromprinzip entsteht derzeit ein Leitbildentwurf, der – ausgehend von grundlegenden Annahmen zur weiteren Bevölkerungsentwicklung – zentrale städtische Entwicklungstrends skizziert, daraus resultierende Gestaltungschancen vor Ort benennt sowie schließlich eine generelle stadtentwicklungspolitische Leitstrategie und ihre Umsetzung in integrativen Handlungsfeldern und weiterführenden Konzepten, Plänen und Projekten formuliert.

Im zweiten Quartal 2009 soll dieser Leitbildentwurf in die öffentliche und kommunalpolitische Befassung gegeben werden.

Dieser sehr ambitionierte Zeitrahmen erfordert eine äußerst stringente Vorgehensweise und eine hohe Priorität in der Aufgabenplanung. Der Leitbildgesamtprozess wird federführend durch den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa erarbeitet, die Einbindung der anderen Ressorts erfolgt durch eine kontinuierlich den Prozess begleitende ressortübergreifende Steuerungsrunde, die sich Anfang März konstituiert und seither sechsmal getagt hat. Zur besonderen Berücksichtigung von Genderaspekten wirkt in dieser Runde die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) mit. In der Sitzung der Deputation für Bau und Verkehr am 3. April 2008 wurde zudem vereinbart, dass der Landesbehindertenbeauftragte entsprechend beteiligt wird und an der Erarbeitung der Wohnungsbaukomponente mitwirkt. Eine gutachterliche Prozessbegleitung der Leitbilderarbeitung erfolgt durch FORUM Oldenburg. Als weiteres Element der Qualitätssicherung des Leitbildprozesses wurde ein externer Monitoringbeirat eingerichtet, dem vier ausgewiesene Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Stadtentwicklungspraxis (Frau Prof. Christiane Thalgot, Frau Prof. Dr. Heidi Sinning, Herr Prof. Dr. Dieter Läßle, Herr Baubürgermeister Martin zur Nedden) angehören. Eine gutachterliche Prozessbegleitung der Leitbilderarbeitung erfolgt durch FORUM Oldenburg.

Am 8. Juli 2008 fand im Bremer Rathaus die öffentliche Auftaktveranstaltung statt, an der rund 300 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen haben und sich in

einer ersten Beteiligungsphase auch bereits konkret zu Themen und möglichen Projekten des Leitbildes einbringen konnten. Ende August bis Ende September fanden als weiteres Element der öffentlichen Diskussion und Beteiligung insgesamt sieben Themenworkshops statt, die die Querschnittsthemen der Auftaktveranstaltung aufgegriffen und weiter konkretisiert haben. An diesen Themenworkshops haben insgesamt deutlich über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitgewirkt, die auch ein sehr breites Spektrum umfassten: neben institutionellen Vertretern waren gesellschaftliche Gruppen ebenso beteiligt wie auch interessierte Bürgerinnen und Bürger. In einer zweiten größeren öffentlichen Veranstaltung am 17. September 2008 wurde der bisherige Stand der Diskussion und Erarbeitung in einer ersten Zwischenbilanz der Öffentlichkeit vorgestellt. Auch diese Veranstaltung war mit über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besucht.

Parallel und inhaltlich eng verschnitten zu diesem öffentlichen Dialog erfolgt in der ressortübergreifenden Steuerungsrunde die Verarbeitung der verschiedenen Anregungen und Hinweise und die Zusammenführung zu einem Leitbildentwurf, der – wie oben dargestellt – nach ressortübergreifender Abstimmung im zweiten Quartal 2009 als Entwurf in die öffentliche und kommunalpolitische Befassung gegeben werden soll. Im Ergebnis wird angestrebt, den Entwurf über die beteiligten Deputationen dem Senat und der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorzulegen.

4. Verknüpfung mit dem gemeinsamen Antrag Bremen/Leipzig/Nürnberg (koopstadt) zur nationalen Stadtentwicklungspolitik

Im November 2007 wurde den Deputationen für Bau und Verkehr sowie für Umwelt und Energie bereits ausführlich die bremische Beteiligung an der Initiative des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur nationalen Stadtentwicklungspolitik vorgestellt. Gemeinsam mit den Städten Nürnberg und Leipzig beabsichtigt Bremen in einer längerfristigen Zusammenarbeit, konkrete Projekte der Stadtentwicklung zu identifizieren und zu entwickeln, die als „gute Beispiele“ im Rahmen der nationalen Stadtentwicklungspolitik dienen können. Neben dem ausgeprägten Projektbezug geht es in dem Drei-Städte-Vorhaben vor allem auch um eine intensive Öffentlichkeitsarbeit für das Anliegen einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Die Beteiligung Bremens erfolgt in unmittelbarer enger Rückkopplung mit dem Leitbildprozess.

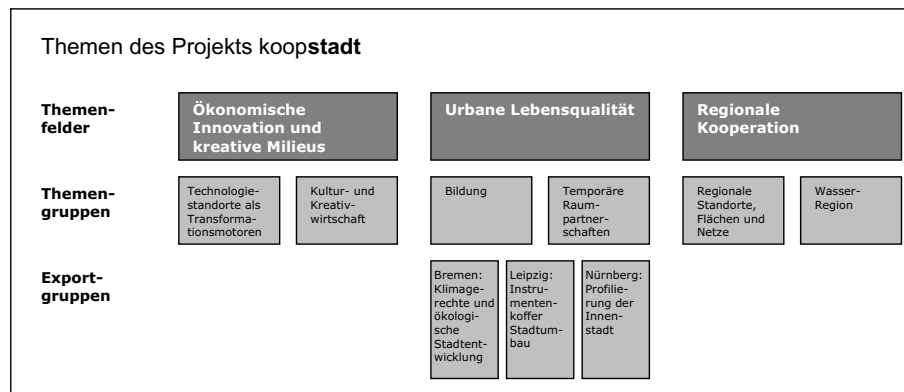
Die Leitidee des Projektes „koopstadt“ ist es, dass Bremen, Leipzig und Nürnberg im Zeitraum von 2008 bis 2015 kooperieren und parallel Projekte zu gemeinsamen Themen der Stadtentwicklung durchführen. Die unterschiedlichen Lösungsansätze und Ergebnisse werden diskutiert und Schlussfolgerungen gemeinsam formuliert und kommuniziert.

Die Städte erhoffen sich durch die Zusammenarbeit Impulse für die eigene Stadtentwicklung vor Ort. Die Kommunikation der Ergebnisse und der laufenden Arbeit einer integrierten Stadtentwicklung soll dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit Stadtentwicklung als ergebnisorientierten Dialog wahrnimmt. Das Profil der einzelnen Stadt nach außen soll geschärft werden.

Die drei Städte haben drei Themenfelder ausgewählt, die zentrale Handlungsbereiche strategischer Stadtentwicklung darstellen:

1. ökonomische Innovation und kreative Milieus,
2. urbane Lebensqualität,
3. regionale Kooperation.

Die drei Themenfelder gliedern sich weiter in Themengruppen, denen die einzelnen Projekte aus den Städten zugeordnet sind. Die Themengruppen bieten den Rahmen für den inhaltlichen Austausch zu einem speziellen Thema. Zum Themenfeld „Urbane Lebensqualität“ gibt es darüber hinaus drei Themen, bei denen eine Stadt jeweils Experte ist, weil sie über besonders viele Erfahrungen verfügt und diese in die Gesamtgruppe „exportieren“ kann. Jede Stadt ist für eine solche Exportgruppe im Themenfeld „Urbane Lebensqualität“ zuständig.



Die Konstruktion, in drei Großstädten zu wichtigen Stadtentwicklungsthemen korrespondierende Projekte umzusetzen und während der Umsetzung wichtige Akteure durch Erfahrungsaustausch zu qualifizieren, dürfte nicht nur in Deutschland einmalig sein. Diese Konstruktion offeriert den beteiligten Kommunen, aber auch dem Bund große Chancen:

- Chancen für Bremen, Leipzig und Nürnberg:
Für die Kommunen eröffnet der Verbund Möglichkeiten einer Qualitätssteigerung durch kontinuierlichen, fachlichen Austausch. Die Zusammenarbeit im Verbund verhilft weiterhin zur verstärkten Akzeptanz der Stadtentwicklung in den einzelnen Kommunen. Darüber hinaus kann ein tripolares Netzwerk die mediale Aufmerksamkeit auf die Einzelstadt verbessern.
- Chancen für den Bund:
Für den Bund bietet „koopstadt“ ein städtisches Lernlabor von Großstädten und eine kommunale Kommunikationsplattform für die nationale Stadtentwicklungspolitik. Die gute räumliche Verteilung der drei Städte über das Gebiet der Bundesrepublik ist ein besonderer Vorteil, weil im Verbund quasi Botschafterstädte für den Norden, den Osten und den Süden existieren.

Mit diesen besonderen Ansätzen könnte sich „koopstadt“ zum kommunikativen Leitprojekt der Initiative nationale Stadtentwicklungspolitik entwickeln.

5. Weiteres Vorgehen

Das neue Leitbild der Stadtentwicklung wird aktuell auf der Grundlage des bisherigen öffentlichen Beteiligungsprozesses mit den Ressorts abgestimmt und soll vor der Sommerpause der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Parallel laufen derzeit die vorbereitenden Arbeiten zur gemeinsamen Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsprogramms. Im Verlaufe des Jahres 2009 erfolgt die frühzeitige Behörden- und Bürgerbeteiligung.

